„Es setzt sich nur so viel Wahrheit durch, wie wir durchsetzen.“ (Bertolt Brecht)

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam **Nr.: 03/2021**

28. Jahrgang **18. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05. Mai 2021**

(Ab)bruch in der Mitte

Keine Bürgerbeteiligung mehr zum Staudenhof



Das Schicksal des Staudenhofs ist besiegelt. Mit ihrem Beschluss zur Umsetzung des Leitbautenkonzeptes in Block V entschied eine Mehrheit der Stadtverordneten auch über den Abriss des letzten verbliebenen Bestandsgebäudes aus DDR-Zeiten im Areal der „Potsdamer Mitte“. Wie schon in unzähligen vorangegangenen Diskussionen führten auch im Plenum die sachlichen Argumente für den Erhalt nicht mehr zu einem Umdenken. DIE LINKE. Fraktion hatte wie schon im Hauptausschuss gefordert, vor einer endgültigen Entscheidung die Bürger*innen Potsdams zu befragen. Doch auch dieses Anliegen wurde in einer namentlichen Abstimmung abgelehnt. Hans-Jürgen Scharfenberg hatte zuvor noch einmal deutlich gemacht, welche Argumente für Erhalt und Sanierung des Wohnblocks mit 180 preiswerten und in Potsdam sehr gefragten kleinen Wohnungen sprechen. Eine Beteiligung der Bürger*innen an dieser Entscheidung müsse in einer Stadt wie Potsdam eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, sagte Scharfenberg im Plenum. Unterstützt wurde die Position der Fraktion auch von zwei Gästen, die ein Rederecht wahrnahmen. Vom Bund der Architekten wurde die Auffassung vertreten, dass der Staudenhof als Zeitzeugnis durchaus erhaltenswert und mit einer gut geplanten Sanierung und gegebenenfalls Erweiterungen und Anbauten sowohl ins Leitbautenkonzept passen als auch zeitgemäßen Ansprüchen genügen. Und ein Vertreter von Fridays for Future kritisierte die fehlende Nachhaltigkeit in der Potsdamer Stadtentwicklung, die sich am Beispiel des Staudenhofs noch einmal deutlich zeige. Abriss und Neubau an sich sind durch die enorme Vernichtung der „grauen“ Energie schon wenig nachhaltig – im Ergebnis werde das Areal aber überdies auch noch stärker versiegelt und weniger grün sein als vorher.

Volkswirtschaftlich betrachtet ist das Vorhaben nicht sinnvoll: ca. 18 Mio. Euro Sanierungskosten stehen 39 Mio Euro für das Neubauvorhaben gegenüber. Wirtschaftlich für die PRO Potsdam wird das Vorhaben nur durch die gegenwärtige Förderpolitik des Landes. Die Fördermittel für den Wohnungsneubau könnten indes auch in anderen Projekten gut angelegt werden – ohne auf die Wohnungen im Staudenhof zu verzichten. Die Fördermittelbindung im Neubau läuft nach spätestens 25 Jahren aus. Wie die neu entstehenden Wohnungen auch im Anschluss bezahlbar bleiben, ist derzeit völlig offen. DIE LINKE. wird dafür streiten.

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Mit auf den Weg…

Das städtische Klinikum - Krankenhaus der Zukunft



Die Herausforderung ist enorm: Neben der medizinischen und pflegerischen Versorgung der Patient*innen mit und ohne Corona-Infektion arbeitet das Klinikum gemeinsam mit Politik und Verwaltung an seiner strategischen Ausrichtung. In einem ersten Workshop wurde erneut deutlich, unter welch schwierigen Bedingungen das gelingen muss. Sowohl bundes- als auch landespolitisch stehen die Zeichen nicht oder nur zum Teil auf Zukunftsorientierung. Für kommunale Häuser, die nicht Rendite orientiert, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet sind, aber zukunftsfähig sein müssen, ist das äußerst problematisch. Dennoch besteht Einigkeit, das Ernst von Bergmann in städtischer Trägerschaft zu halten. Die Versorgung muss künftig aus der Sicht der mündigen Patient*innen und nicht unter dem primären Aspekt des ökonomischen Nutzens gedacht und gewährleistet werden. Abläufe von der ambulanten über die stationäre Behandlung bis zur Nachsorge in Reha- und Pflegeeinrichtungen sind entsprechend zu organisieren. Dafür braucht es ausreichend gut qualifiziertes Personal. Faire, leistungsgerechte Bezahlung, flexible Arbeitszeiten und langfristige Entwicklungsperspektiven sind unabdingbar. Ein dritter wichtiger Aspekt ist die Digitalisierung, die künftig nicht mehr nur als technischer Prozess, sondern als das neue Arbeiten begriffen werden muss. Hier hat sich das Klinikum gemeinsam mit der Hasso-Plattner- Stiftung auf einen für die Bundesrepublik modellhaften Weg gemacht. In der nächsten Ausgabe des Rathausreport werden wir darüber informieren, welche Schritte das Klinikum auf dem Weg in die Zukunft bereits gegangen ist.

Dr. Sigrid Müller - Fraktionsvorsitzende

Wortmeldung

Der Kultur eine Hoffnung geben

In Berlin durften für einen kurzen Augenblick Kultureinrichtungen im Rahmen eines Pilotprojekts im Zeitraum vom 19. März bis 4. April für getestetes Publikum öffnen. Die Senatsverwaltung für Kultur und Europa startete einen Testlauf für die Öffnung von Kultur- und Wirtschaftsveranstaltungen durch ein getestetes Publikum. Dieses Pilotprojekt fand in Kooperation der Senatsverwaltung für Kultur mit verschiedenen Berliner Kulturträgern und Einrichtungen statt.
Doch leider war es nur ein Wimpernschlag. Die Bundesbremse verlangte, dass alle Kultureinrichtungen, ob drinnen oder Open Air, geschlossen werden. Zurück blieben ein kulturell ausgehungertes Publikum, viel Enttäuschung und etwas Hoffnung.
Auch in Potsdam sind seit Oktober, mit einem 3-tägigen Intermezzo, alle kulturellen Einrichtungen zu. Das Netzwerk #KulturmachtPotstam hat mit 2 Aktionen im März und Mai auf die prekäre Lage der Kultur und der Kulturschaffenden hingewiesen.
Positiv für unserer Stadt ist, dass sich die politisch Verantwortlichen gemeinsam mit den Einrichtungen auf den Fall vorbereitet haben, dass die Öffnung der Einrichtungen wieder möglich ist und Modellprojekte zugelassen sind. Die Einrichtungen stehen dem Pilotprojekt und einer entsprechenden Umsetzung positiv gegenüber. Die Zustimmung seitens der Institutionen, sich mit Einschränkungen den Besucherinnen und Besuchern zu öffnen, ist groß. Erste Abstimmungen gab es hierzu bereits. Jedoch müssen die Rahmenbedingungen vor allem im Hinblick auf die Eindämmungsverordnung und die derzeit steigenden Infektionszahlen beachtet werden
Auch für Open Air Veranstaltungen wäre dieses Pilotprojekt unter Beachtung der pandemiebedingten Vorschriften umsetzbar und wünschenswert.

Ich hoffe und freue mich auf einen kulturreichen Sommer mit vielen wunderbaren Eindrücken. Die Kultur braucht Perspektiven, Hoffnung und eine stärkere politische Beachtung. Sonst wird's still,

Sascha Krämer
Stadtverordneter DIE LINKE

Grundrecht auf Wohnen



Mit einem von den Linken initiierten und gemeinsam mit SPD und Grünen eingebrachten Antrag sprach sich die Stadtverordnetenversammlung für die Einführung eines Grundrechts auf Wohnen in das Grundgesetz und in die Landesverfassung aus. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Rahmen des Städte-und Gemeindebundes für dieses Anliegen zu werben. Zudem wird von den Direktkandidaten für den Bundestagswahlkreis, wovon zwei für das Kanzleramt kandidieren, eine Positionierung erwartet.
Bei der Einbringung des Antrags verwies Hans-Jürgen Scharfenberg auf die schwierige Wohnsituation und insbesondere auf den Mangel an preiswerten, für jeden bezahlbaren Wohnungen hin, der insbesondere die sozial Schwachen trifft. Dabei verfügt die Bundesrepublik als eines der reichsten Länder der Welt durchaus über entsprechende Handlungsspielräume.
Trotz aller Bemühungen um eine soziale Wohnpolitik stößt die Stadt immer wieder an Grenzen, die allein mit kommunalen Anstrengungen nicht zu lösen sind.
Wohnungen sind in Deutschland eine Ware, die mit dem Ziel einer Gewinnmaximierung eingesetzt und in wachsender Anzahl an der Börse gehandelt wird. Das widerspiegelt sich in Potsdam in einem wachsenden Anteil des freien Wohnungsmarktes am Wohnungsbestand in der Stadt im Vergleich zu den städtischen und genossenschaftlichen Wohnungen. Die Folge sind explodierende Immobilienpreise und immer weiter steigende Mieten.
Deshalb ist es an der Zeit, so Scharfenberg, endlich ein Grundrecht auf Wohnen als ein subjektives und einklagbares Recht auf den Weg zu bringen. Damit wird der Staat verfassungsrechtlich zu weitergehenden Maßnahmen und Instrumenten zur Lösung des sozialen Wohnungsproblems ermächtigt. Während einige Landesverfassungen, z.B. auch in Brandenburg, zumindest so genannte Staatszielbestimmungen enthalten, gibt es im Grundgesetz kein Recht auf Wohnen. Aber genau dort gehört es hin, denn nur mit der Kraft des Bundes in Verbindung mit den Anstrengungen der einzelnen Bundesländer und der Kommunen ist ein solches Grundrecht praktisch umsetzbar.
Scharfenberg verwies darauf, dass die Stadt zwar keine Entscheidungskompetenz zur Einführung eines solchen sozialen Grundrechts, aber sehr wohl die Möglichkeit hat, ausgehend von unserer konkreten Situation darauf zu drängen, dass das Wohnungsproblem an seiner Wurzel angepackt wird. Dazu ist mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ein erster Schritt getan worden.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Stadtverordneter DIE LINKE

Beschlossen

Erstellung eines Katasters für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bei Eingriffen in die städtische Natur

In Potsdam werden aktuell zahlreiche, auch größere Bauvorhaben realisiert, wobei immer wieder auch in die städtische Naturlandschaft eingegriffen werden muss. Flächen werden versiegelt, Bäume gefällt und oft nicht in außreichendem Maße nachgepflanzt. Dafür, so bemängelt auch der BUND Potsdam, fehlt es schlicht an einer Übersicht, über eben diese Eingriffe im städtischen Raum. Aus diesem Grund beantragt die Fraktion DIE LINKE, ein solches Register zu erstellen, um notwendige Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen übersichtlich für die Umsetzung präsent zu haben. Dies ist in Krampnitz beispielsweise versäumt worden.
Diesem Antrag wurde durch die Stadtverorndetenversammlung nun mehrheitlich zugestimmt. Im September 2021 ist mit einem ersten Zwischenergebnis zu rechnen.

Väterbeteiligung an Elterngeld und Elternzeit in der Landeshauptstadt Potsdam erhöhen

In der Landeshauptstadt Potsdam, wie im gesamten Land Brandenburg, steigt statistisch der Anteil der Väter, die ihren Anspruch auf Elternzeit und Elterngeld wahrnehmen. Drei Viertel der Väter, die diese Leistung beziehen, nutzen es für maximal zwei Monate. Den größeren Anteil nutzen also trotz statistisch steigenden Zahlen nach wie vor die Mütter.
Als attraktive Arbeitgeberin muss die LHP ein Konzept erarbeiten, das es den Vätern ermöglicht, ihren Wunsch nach einer längeren Erziehungsauszeit .nachkommen zu können. Dafür wird der Oberbürgermeister beauftragt, die Rahmenbedingungen der Beschäftigten der Landeshauptstadt Potsdam so zu entwickeln, dass noch mehr Väter auch längere Auszeiten nehmen können und wollen. Bessere Anreize des Arbeitgebers bilden die Grundlage dafür. Diesem Antrag ist mehrheitlich zugestimmt worden.

Überwiesen

Temporäre Sporthalle für die Schule am Schloss

Die Gesamtschule am Stadtort Esplanade kommt aktuell ohne eigene Schulsporthalle aus. Die "Schule am Schloss" nutzt für ihre Siebt- und Achtklässler für den pflichtigen Sportunterricht die Hallen der Leonardo da Vinci Gesamtschule sowie die der Grundschule am Jungfernsee.
Doch dort sind die Kapazitäten begrenzt, sodass den Schüler*innen ab dem Schuljahr 2022/23 droht, keine Räumlichkeiten mehr nutzbar zu haben. Dieser Entwicklung muss durch die Stadt jetzt gegengesteuert werden!
Der Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) soll beauftragt werden zu prüfen, wie und wo temporär Sporthallenkapazitäten für die Schule am Schloss bereit gestellt werden können. Möglich ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE hier der Betriebshof der Biosphäre oder das Umfeld des Volksparks. Ein Transport mit dem Bus der Schüler*innen zu anderen Schulen der Stadt sollte bei der Prüfung nur nachrangig betrachtet werden, da dies ökologisch und aus schulorganisatorischer Sicht nicht optimal ist. Im Sinne der Schüler*innen wäre eine Lösung im unmittelbaren Umfeld der Schule.
Dieser Antrag wurde zur weiteren Prüfung in den Ausschuss für Bildung und Sport überwiesen.

Parkflächen an Ladesäulen

Die Elektromobilität gilt als eine Säule bei der Frage des Klimaschutzes. Das eingesparte CO_2 sorgt zudem auch für saubere Luft in den Städten. Es muss also ein vorrangiges Anliegen der Stadt Potsdam sein, die Attraktivität zum Beispiel von Elektroautos zu steigern.
Allerdings gehört zum Fahren von Autos auch das Parken, dies ist an den Ladesäulen der Stadt gebührenpflichtig. Die Fraktion DIE LINKE findet dieses Vorgehen kontraproduktiv und beantragte daher, dass auf den ausgewiesenen Parkflächen an Ladesäulen keine Gebühren erhoben werden dürfen, wenn die Parkerlaubnis gleichzeitig an das Aufladen des Autos gebunden ist. Dieser Antrag ist zunächst an den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität überwiesen worden.

Rauchfreie Haltestellen im ÖPNV

Die Stadt Potsdam bemüht sich bereits seit Längerem um ein Rachverbot an öffentlichen Haltestellen. Im Dezember 2020 legte die Landesregierung einen Prüfbericht vor, auf dessen Grundlage nun eine Umsetzung der Pläne erfolgen soll. Die Fraktion DIE LINKE beantragte, den Oberbürgermeister zu beauftragen, den ersten Schritt in Richtung rauchfreie Haltestellen zu gehen. An mindestens zehn ÖPNV Haltestellen der Stadt Potsdam sollen im Rahmen eines Modellprojektes in verbindung mit den Fahrgastunterständen Nichtraucherbereiche ausgewiesen werden. Dies kann nach Ansicht der LINKEn noch in diesem Jahr realisiert werden und sollte für mindestens ein Jahr bestehen bleiben. So können praktische Erfahrungen zur Durchsetzung dieser Rauchverbote gesammelt werden. In Zusammenhang mit weiteren Abstimmungen auch mit anderen kreisfreien Städten und Landkreisen können die Perspektiven und Vorraussetzungen für ein Rauchverbot analog zudem an Bahnhöfen der Deutschen Bahn geschaffen werden.
Der Antrag ist zur weiteren Bearbeitung in den Hauptausschuss überwiesen worden.

Baumbepflanzung Ecke Kastanienallee/ Zeppelinstraße

In der Kastanienallee im Stadtteil Potsdam West blühen sehr bald wieder die Kastanien. An der Ecke zur Zeppelinstraße, gleich am Eingang zur Kastanienallee stand seit über hundert Jahren eine Kastanie, die nun aus Altersgründen gefällt werden musste. Dadurch ist nicht nur das Stadtbild verändert worden, sondern auch ein ökologischer Schaden entstanden. Die Anwohnenden zeigen ihre Traurigkeit über den Verlust des Baumes damit, dass sie den zurück gebliebenen Stumpf mit anderen Pflanzen schmücken. Auch an anderen Stellen der Straße sind Bäume verloren gegangen. Die Fraktion DIE LINKE beantragt dazu die zügige Nachpflanzung mindestens des Rosskastanienbaumes an der Ecke Kastanienallee/ Zeppelinstraße in repräsentativer Weise. Auch die fünf weiteren Bäume sollten nach Sicht der Fraktion DIE LINKE schnellstmöglich ersetzt werden. Mit Pflanzgruben in hoher Qualität soll dabei ein erneutes 100-jähriges Leben des nachgepflanzten Baumes sichergestellt werden.
Der Antrag ist nun zunächst in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität überwiesen worden.

Fragen - Antworten

Anmerkung der Redaktion

Natürlich hat die Fraktion DIE LINKE auch zu dieser Stadtverordnetenversammlung zahlreiche Fragen an die Verwaltung gestellt. Um die Sitzung zu verknappen hat sich der Ältestenrat jedoch dieses Mal entschieden, die Fragen ausschließlich schriftlich zu beantworten. Diese Antworten lagen zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe jedoch noch nicht vor.
Bei Interesse an den Antworten gibt Fraktionsgeschäftsführer Sascha Krämer gern Auskunft:
Sascha.Kraemer@rathaus.potsdam.de

Was – wann – wo?



20. Sitzung der Stadtverordneten-versammlung
MBS Arena Potsdam
Olympischer Weg 2, 14471 Potsdam
02. Juni 2021, Beginn 15 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 4/2021
10. Juni

Bürgersprechstunde von Stefan Wollenberg Fraktionsvorsitzender
Am 19. Mai von 16:00 bis 18:00 Uhr
nur telefonisch!
Persönliche Termine nach telefonischer Vereinbarung
0172-5143825

Bürgersprechstunde von Dr. Sigrid Müller Fraktionsvorsitzende
18. Mai 2021 von 10 bis 11:30 Uhr
Telefon 0173-6171150
Anmeldung unter: Telefon: 0331-2893051
Mail: dielinke-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Rathausreport live
Muss im Mai aus Infektionsschutzgründen leider entfallen.

Thema

Sicherung der KGA „An der Katharinenholzstraße“



Der Bebauungsplan 34 "Katharinenholzstraße/Ribbeckstraße" in Bornstedt wurde bereits 1994 durch die Stadt aufgestellt und umfasst eine sehr große Fläche. Aus diesem Grund wurden seitdem mehrere Teilbebauungspläne ausgegliedert. Die darin befindliche KGA „An der Katharinenholzstraße“ gehört jedoch bisher leider nicht dazu. Sie liegt an der Amundsenstraße, südlich der Katharinenholzstraße, wurde bereits 1976 gegründet und umfasst 64 Parzellen auf etwa 2 Hektar. Im Kleingarten-Entwicklungskonzept von 2007 steht sie im Status „Sicherung durch Bebauungsplan zurzeit im Verfahren“ drin – passiert ist seitdem jedoch leider nichts.
Nun besteht jedoch das akute Problem, dass hier dasselbe wie in der allseits bekannten KGA „Am Angergrund“ droht. Die Flächen wurden verkauft, der neue Hamburger Eigentümer hat den Pächter*innen mitgeteilt, dass die Nutzung der Parzellen ohne geeignete zivilrechtliche Grundlage erfolgt, da es keine gültigen Pachtverträge gibt. Hintergrund ist, dass der Kreisverband Potsdam der Garten- und Siedlerfreunde e. V. kein Rechtsnachfolger des zu DDR-Zeit existierenden Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK) ist. Der Eigentümer verlangt daher die Herausgabe der vorgeblich rechtswidrig in Besitz genommenen Flächen.

Um die Kleingartenanlage dauerhaft zu sichern, ist es nötig, diese in einem Bebauungsplan festzusetzen und für die Zeit der Aufstellung eine Veränderungssperre zu erlassen. Dabei zeigt die Erfahrung, dass die Zeit hier jetzt drängt. Deswegen hat die SVV auf Initiative der LINKEn am 05.05.21 einen Sofortbeschluss hierzu gefasst. Vorher gaben wir Herrn Griesche vom Vorstand des KGA-Vereins die Gelegenheit vor der SVV zu reden. Es ist höchst unerfreulich, dass in einer wachsenden Stadt, die sich sogar zu einem Aufwuchs an KGAs bekennt, immer wieder bestehende KGA in ihrer Existenz bedroht werden, doch wir halten bestmöglich dagegen

Tina Lange
Stadtverordnete DIE LINKE.

RATHAUSREPORT
Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam
V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.